

Nunnenkamp, Peter; Funke, Norbert

Book Part — Digitized Version

Woran scheitern Stabilisierungs- und Liberalisierungsprogramme? Lehren aus Entwicklungsländern für den Transformationsprozeß in Osteuropa

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Nunnenkamp, Peter; Funke, Norbert (1992) : Woran scheitern Stabilisierungs- und Liberalisierungsprogramme? Lehren aus Entwicklungsländern für den Transformationsprozeß in Osteuropa, In: Herrmann, Roland Sell, Friedrich L. (Ed.): Wirtschaftliche Liberalisierung in Industrie- und Entwicklungsländern: Vorträge gehalten auf dem Symposium des Zentrums für Regionale Entwicklungsforschung am 1. November 1991 in Gießen, ISBN 3-87895-430-1, Verl. Weltarchiv, Hamburg, pp. 153-174

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2022>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WORAN SCHEITERN STABILISIERUNGS- UND LIBERALISIERUNGSPROGRAMME?
LEHREN AUS ENTWICKLUNGSLÄNDERN FÜR DEN TRANSFORMATIONSPROZESS
IN OSTEUROPA

von

Peter NUNNENKAMP und Norbert FUNKE, Kiel

1 Einleitung¹

Der wirtschaftliche Reformprozeß in Ost- und Mitteleuropa steht derzeit unangefochten im Zentrum der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion. Die Debatte kreist um eine ganze Reihe wichtiger Fragen: Welche institutionellen Rahmenbedingungen sind für den Übergang zur Marktwirtschaft angemessen? Ist eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung Voraussetzung für mikroökonomische Liberalisierungsmaßnahmen? Sollen interne Preise sowie internationale Handels- und Kapitalströme schlagartig oder nur allmählich freigegeben werden? Ist der Sanierung von Staatsunternehmen Vorrang zu geben oder soll ihre schnelle Privatisierung angestrebt werden? Welche Wechselkurspolitik soll verfolgt werden?

In der Erörterung derartiger Fragen wird nur selten auf die Erfahrungen Bezug genommen, die außerhalb Osteuropas mit Stabilisierungs- und strukturellen Anpassungsprogrammen gemacht worden sind. Dabei bietet insbesondere die Entwicklungsländerforschung wertvolle Lehren über die Erfolgsbedingungen umfassender Wirtschaftsreformen (vgl. auch WORLD BANK 1991). Dies heißt nicht, die Unterschiede zwischen der Dritten Welt und den postkommunistischen Staaten zu leugnen. So sind marktwirtschaftliche Institutionen in den meisten Entwicklungsländern bereits seit längerem vorhanden, während sie in Osteuropa völlig neu

1 Wir danken Markus Diehl und Rolf J. Langhammer für hilfreiche Kommentare. Dieser Beitrag ist im Rahmen eines von der Volkswagen-Stiftung finanziell geförderten Forschungsprojekts entstanden.

geschaffen werden müssen. Auch bei der Privatisierung eines allumfassenden Staatssektors kann man nur in begrenztem Maße auf Entwicklungsländer-Erfahrungen zurückgreifen. Abgesehen von diesen Einschränkungen gibt es jedoch eine Fülle vergleichbarer Probleme, die von ausgeprägter interner Instabilität und Überschuldung gegenüber dem Ausland bis zu tiefstehenden Preisverzerrungen auf Faktor- und Gütermärkten, einer ausgeprägten Fehlallokation knapper Ressourcen und der Abschottung von der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung reichen.

Wie jüngst die osteuropäischen Reformstaaten unterlagen hochverschuldete und stark verzerrte Volkswirtschaften in der Dritten Welt in den achtziger Jahren einem verschärften Zwang, Stabilisierungs- und Strukturreformen einzuleiten. Über die wesentlichen Elemente von wachstumsorientierten Anpassungsprogrammen gibt es inzwischen eine weitreichende Übereinstimmung (vgl. zum Beispiel SACHS 1989a; 1989b). Ein breiter Konsens wird im Hinblick auf die Notwendigkeit von fiskalpolitischer Disziplin, Steuerreformen, Finanzmarktiliberalisierung, wettbewerbsorientierten Wechselkursen, interner Deregulierung und Handelsliberalisierung, Privatisierung und der Förderung ausländischer Direktinvestitionen sowie einer klaren Definition von Eigentumsrechten konstatiert (WILLIAMSON 1990). Diese Elemente, die sämtlich der Diskussion über Osteuropa entnommen sein könnten, werden zusammengefaßt in der Forderung nach makroökonomischer Umsicht, Weltmarktorientierung und interner Liberalisierung.

Trotz dieser Übereinstimmung über wesentliche Reformelemente sind die Versuche von Entwicklungsländern, Stabilisierungs- und Strukturprobleme dauerhaft zu überwinden, oftmals gescheitert. Die Frage nach den Ursachen von Erfolg oder Mißerfolg von Reformen in der Dritten Welt ist für den Transformationsprozeß in Osteuropa von höchster Relevanz. Fehlgeschlagene Reformbemühungen lassen sich - wie im folgenden nachzuweisen sein wird - auf verschiedene Inkonsistenzen in Wirtschaftsreformprogrammen zurückführen. In diesem Kontext ist das Problem des "timing and sequencing" von Reformschritten zu diskutieren (Abschnitt 2). Ferner kann das Eigeninteresse von Regierungen, wirtschaftspolitische Versprechen nicht wie angekündigt einzuhalten, Glaubwürdigkeitsprobleme heraufbeschwören und zu unvollständigen Reformen führen (Abschnitt 3). Abschließend geht es deshalb vor allem um mögliche Wege, die Erfolgsbedingungen für umfassende Reformen zu verbessern.

Fragen der Wirtschaftsliberalisierung werden in der Literatur vorwiegend isoliert erörtert, indem eine Konzentration auf einzelne Reformelemente erfolgt (zum Beispiel Preisreform, Privatisierung) (so zum Beispiel in WILLIAMSON 1990). Explizit zeitprofilorientierte Reformkonzepte sind noch relativ selten.² Zudem ist die angemessene Sequenz von Reformschritten - im Gegensatz zum Konsens über wesentliche Reformelemente - weiterhin umstritten. Konträre Aussagen zum "timing and sequencing" beziehen sich vor allem auf drei Problemkreise: den oftmals behaupteten Vorrang der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung vor mikroökonomischer Liberalisierung, den Zeitpunkt und die Geschwindigkeit der außenwirtschaftlichen Öffnung sowie den Stellenwert der Privatisierung im gesamten Reformkonzept.³ -

2.1 Stabilisierung vor Liberalisierung?

Insbesondere bei ausgeprägten makroökonomischen Instabilitäten wird von vielen Autoren eine zeitlich vorgezogene Stabilisierung als notwendige Voraussetzung für eine nachfolgende Liberalisierung angesehen (zum Beispiel GENBERG 1991). Ein solcher Vorrang wird damit begründet, daß die binnen- und außenwirtschaftliche Liberalisierung bei hoher Inflation wegen stark verzerrter relativer Preise erheblich behindert werde (vgl. auch ASLUND 1990; LIPTON, SACHS 1990). Die vorherrschende Unsicherheit über die Entwicklung der relativen Preise erhöhe das Risiko von Investitionen und erschwere somit den angestrebten Umstrukturierungsprozeß. Zunächst müsse der Informationswert marktgerechter relativer Preise durch eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik erhöht werden.

Die Empfehlung, Strukturreformen zu verschieben, bis ein makroökonomisches Gleichgewicht hergestellt ist, erscheint angesichts der Kritik an der Politik des IWF

2 Vgl. hierzu EDWARDS 1990; GENBERG 1991; SIEBERT 1991; WORLD BANK 1991.

3 Vgl. zum folgenden ausführlicher NUNNENKAMP, SCHMIEDING 1991. Auf den Stellenwert der Privatisierung wird hier nicht näher eingegangen. Die Erfahrungen von (Industrie- und Entwicklungsländern mit der Privatisierung einer begrenzten Zahl von Staatsunternehmen sind nicht ohne weiteres auf die osteuropäische Situation eines allumfassenden Staatssektors zu übertragen. Die Auswertung der Erfahrungen Chiles mit einer breiten Privatisierung nach dem Sturz Allendes könnte jedoch wertvolle Lehren für Osteuropa bieten. Eine detaillierte Analyse dieses Falles würde den Rahmen dieses Papiers sprengen.

nach Ausbruch der Schuldenkrise im Jahre 1982 zweifelhaft. Der Vorwurf lautete, daß das internationale Schuldenmanagement zunächst nahezu ausschließlich auf kurzfristige Stabilisierungsmaßnahmen abstellte und wachstumsorientierte Elemente von Anpassungsprogrammen kaum Beachtung fanden. Die Option "Stabilisierung zuerst" vernachlässigt den engen Zusammenhang zwischen mikro- und makroökonomischer Ebene, der sich aus weichen Budgetrestriktionen von Unternehmen und Banken ergibt (HOFMAN, KOOP 1990).⁴ Gesamtwirtschaftliche Instabilitäten sind oftmals ein Reflex umfangreicher Ansprüche von Interessengruppen auf das Staatsbudget (Subventionen, nicht durchgesetzte Steuerforderungen, "bail-outs" etc.). Stabilisierungsversuche sind kaum durchzuhalten, ohne daß die mikroökonomischen Ursachen makroökonomischer Instabilität beseitigt werden. Mehr noch: Eine isolierte Stabilisierung, die Produktions- und Beschäftigungseinbußen nicht anpassungsfähiger oder -bereiter Unternehmen verursacht und erhöhte Kreditausfälle im Bankensystem nach sich zieht, dürfte die Ansprüche auf das Staatsbudget weiter steigern.⁵ Ohne eine enge Kopplung von Makro- und Mikroreformen, die die Budgetrestriktionen von Unternehmen und Banken bindend machen würde, wird die angekündigte Stabilisierung mit hoher Wahrscheinlichkeit scheitern.

Die Erfahrungen mit abgebrochenen Stabilisierungsprogrammen in Lateinamerika (insbesondere in Argentinien und Brasilien) bieten hierfür umfangreiches Anschauungsmaterial.⁶ Dagegen wählten Chile nach dem Sturz Allendes und jüngst auch Mexiko eine erfolgversprechende Reformstrategie, die Stabilisierungs- und Strukturmaßnahmen umfaßte (vgl. zum Beispiel EDWARDS 1986; ASPE 1991). Das Anpassungsprogramm Mexikos verband geld- und fiskalpolitische Austerität mit Handelsliberalisierung, Privatisierung und Effizienzverbesserungen im Steuersystem. Dies begünstigte einen Anstieg nicht-traditioneller Exporte, stimulierte die privaten Investitionen und verbesserte die Aussichten, daß die Stabilisierungspolitik durchgehalten werden konnte (IZE 1990; AGARWAL et al. 1991). In Chile wurden bis zum Anfang der achtziger Jahre dauerhafte Stabilisierungsfortschritte bei hohem gesamtwirtschaftlichen Wachstum erzielt.⁷ Die nachfolgende Wirtschaftskrise spricht nicht gegen die enge

4 Zum Problem von "soft budget constraints" vgl. ausführlich KORNAI 1980, 1986.

5 Zu politökonomischen Zusammenhängen vgl. LAL 1987.

6 Zu Argentinien vgl. ausführlich FISCHER et al. 1985; zu Brasilien vgl. FISCHER 1986.

7 Die jährliche Inflationsrate sank von ca. 500 v.H. (1973) auf unter 10 v.H. (1981); gleichzeitig stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum 1977-81 um fast 8 v.H. jährlich.

Verknüpfung von Stabilisierung und Strukturanpassung. Sie verweist vielmehr auf verbliebene Inkonsistenzen im chilenischen Reformprogramm, insbesondere der an historischen Inflationsraten orientierten Lohnindexierung kombiniert mit einer Fixierung des Wechselkurses als Mittel zur Preisstabilisierung (CORBO 1985). Die Erfahrung Chiles deutet darauf hin, daß selbst relativ breit angelegte Reformprogramme auf längere Sicht scheitern können, solange Verzerrungen auf wesentlichen Märkten (wie dem Arbeitsmarkt) fortbestehen. Stabilisierungs- und umfassende Liberalisierungsmaßnahmen sollten also möglichst zeitgleich erfolgen.

2.2 Graduelle oder sofortige außenwirtschaftliche Öffnung?

Der Fall Chiles hat auch der Diskussion über die angemessene Geschwindigkeit der außenwirtschaftlichen Öffnung und über die Abstimmung von Leistungsbilanz- und Kapitalverkehrsliberalisierung Nahrung gegeben. Befürworter einer frühen außenwirtschaftlichen Öffnung betonen, daß Investoren sich sofort an den internationalen Knappheitspreisen orientieren sollten, um eine weitere Fehlallokation von Ressourcen zu vermeiden (KOSTRZEWA et al. 1990). Zudem würde mit einer schnellen Liberalisierung der Erfahrung aus Entwicklungs- und Industrieländern Rechnung getragen, daß ein zunächst zeitlich begrenzter Importschutz perpetuiert wird. Eine schnelle Vorgehensweise unterläuft die Formierung von Partikularinteressen, die graduelle Liberalisierungsfortschritte erfolgreich bekämpfen könnten und damit die - insbesondere aus Lateinamerika bekannten - Allokationsverzerrungen einer anhaltenden Importsubstitutionspolitik festschreiben würden. Zudem könnten Fehler vermieden werden, die im Rahmen einer sequentiellen Vorgehensweise durch falsch eingeschätzte Wirkungs-Lags zu erwarten sind.

Gegen eine sofortige außenwirtschaftliche Liberalisierung ließe sich einwenden, daß sie bei weiterhin verzerrten heimischen Gütermärkten zu Fehlspezialisierung und Wohlfahrtsverlusten führen kann. Diesem Problem wäre allerdings aus dem Wege zu gehen, indem die externe Liberalisierung mit einer internen Deregulierung verbunden wird, wobei insbesondere Finanzmarktreformen zur Mobilisierung heimischer Investitionsmittel erforderlich sind. Schwerwiegender erscheint das Argument, daß ein rascher Abbau von Importbarrieren höhere Anpassungskosten in Form zusätzlicher Produktions- und Beschäftigungseinbußen heraufbeschwören, den politischen Widerstand ne-

gativ betroffener Interessengruppen stärken und damit die Fortführung des gesamten Reformprozesses gefährden könnte (RODRIK 1990).

Eine eindeutige theoretische Aussage zur angemessenen Geschwindigkeit der Liberalisierung des Außenhandels erscheint deshalb nicht möglich. Die Auswertung der umfangreichen empirischen Evidenz in Entwicklungsländern mit einem mit Osteuropa vergleichbaren Einkommensniveau bietet jedoch einige wertvolle Erkenntnisse (MICHAELY et al. 1989):

- Die Befürchtung negativer Beschäftigungseffekte fand keine Bestätigung, und zwar unabhängig davon, ob eine schnelle und signifikante oder eine langsame und nur schwache Handelsliberalisierung erfolgte. Umgekehrt ließ sich nicht nachweisen, daß das Ausmaß und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu einem Scheitern von Handelsliberalisierungen führte.
- Selbst auf kurze Sicht waren keine Produktionseinbrüche zu beobachten. Überraschenderweise ging gerade ein drastischer Abbau von Handelsbarrieren mit einer unmittelbaren wirtschaftlichen Expansion (einschließlich höherer Exporte) einher.
- Die empirische Evidenz deutet darauf hin, daß drastische Liberalisierungsprogramme eher durchgehalten wurden als solche, deren Anfangsschritte schwach und zögerlich blieben. Vor allem in Ländern mit einer längeren Tradition strikter Handelsbeschränkungen waren von Beginn an deutliche Liberalisierungsschritte notwendig, da ein eindeutiger Bruch mit der Vergangenheit für die "sustainability" der neuen Programme wichtig war.

Die Auswertung der Entwicklungsländer-Erfahrungen spricht also für eine schnelle Handelsliberalisierung in Osteuropa. Insbesondere eine radikale Abschaffung von quantitativen Importbarrieren kann überdies die Erfolgsaussichten von notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen verbessern. So können Fiskalprobleme entschärft werden, wenn in einem ersten Schritt Zölle an die Stelle von quantitativen Beschränkungen treten. Werden letztere dagegen beibehalten, ist die Überlebensfähigkeit des Reformprogramms aller Erfahrung nach stark gefährdet.

Allenfalls begrenzte empirische Evidenz gibt es zur Frage der zeitlichen Abfolge von Handels- und Kapitalverkehrsliberalisierung. Prinzipiell kann der Zufluß ausländischen Kapitals die Anpassungskosten von Strukturreformen verringern (KRUEGER 1981, 1984). Dies scheint zum Beispiel in Ghana und der Türkei der Fall gewesen zu sein (RODRIK 1989). Dennoch ist nach vorherrschender Meinung eine frühzeitige Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen nicht empfehlenswert (zum Beispiel MCKIN-

NON 1973; MICHAELY et al. 1989; SCHWEICKERT 1991). Umfangreiche Kapitalzuflüsse würden eine reale Aufwertung der heimischen Währung induzieren. Diese würde sich negativ auf den Exportsektor auswirken, der stattdessen mit einer realen Abwertung gefördert werden müsse. Die Aussichten, daß die Handelsliberalisierung durchgehalten werden könne, würden verschlechtert, vor allem wenn die Kapitalbewegungen - wie erwartet - stark fluktuieren.

Bei dieser Argumentation wird oft auf das chilenische Beispiel Bezug genommen (Tab. 1). Der realen Aufwertung des Peso zwischen Mitte 1979 und Mitte 1981 wird für die nachfolgende Wirtschaftskrise eine erhebliche Bedeutung beigemessen (EDWARDS 1986). Es ist allerdings umstritten, in welchem Maße die reale Aufwertung auf die massiven Nettokapitalimporte oder auf die Fixierung des nominalen Wechselkurses im Juni 1979 bei gleichzeitiger Indexierung der Löhne an die vorausgegangene Inflation zurückzuführen ist.⁸ Aus transfertheoretischer Sicht sind überdies massive Nettokapitalimporte allein nicht hinreichend, eine reale Aufwertung zu erklären. In Chile wurde ein großer Teil der Kapitalimporte zur Finanzierung nicht handelbarer Güter (Konstruktionssektor) benutzt. Durch die Überschußnachfrage induzierte Preissteigerungen dieser Güter haben zur realen Aufwertung des Peso beigetragen. Wenn Nettokapitalimporte jedoch zur Finanzierung ausländischer handelbarer Güter verwendet werden, wird einer Aufwertungstendenz entgegengewirkt.⁹

Schließlich ist unter den aktuellen Bedingungen der Kreditrationierung vieler Entwicklungsländer kaum mit massiven Kapitalzuflüssen zu rechnen. Auch für Osteuropa spricht wenig für eine durch Kapitalimporte induzierte reale Aufwertung. Überschuldung und die verbliebenen Unsicherheiten des Transformationsprozesses führen zu einer abwartenden Haltung ausländischer Kapitalgeber, und die begrenzten Kapitalzuflüsse dürften vor allem für Importe von dringend benötigten Investitionsgütern und Vorleistungen verwendet werden. Dem generellen Vorbehalt der Theorie des Zweitbesten, daß Kapitalimporte bei fortbestehenden inländischen Verzerrungen zu Wohl-

8 Aus Tabelle 1 geht hervor, daß die Kapitalimporte schon 1977/78 drastisch anstiegen und dennoch eine reale Abwertung des Peso erzielt wurde. Für die spätere Wirtschaftskrise dürfte verschärfend gewirkt haben, daß der Peso an einen sich aufwertenden US-\$ gebunden wurde (HIEMENZ, LANGHAMMER 1989).

9 Zur Modellierung dieser transfertheoretischen Überlegungen bei flexiblen Wechselkursen vgl. HOFFMANN, HOMBURG 1990.

Tabelle 1: Realer effektiver Wechselkurs (REEX) und Nettokapitalimporte (NKIM) in Chile, 1. Halbjahr 1977 - 2. Halbjahr 1982

	REEX*	NKIM (US-\$-Mio.)
1977.1	80,7	96,4
1977.2	86,6	471,7
1978.1	99,0	793,6
1978.2	101,0	1.152,5
1979.1	99,2	1.103,4
1979.2	88,5	1.144,7
1980.1	83,6	1.239,1
1980.2	76,7	1.921,0
1981.1	71,0	2.044,2
1981.2	69,4	2.425,1
1982.1	71,7	889,2
1982.2	80,8	415,1

* 1978 = 100. Eine Erhöhung des Indexes spiegelt eine reale Abwertung wider und vice versa.

Quelle:
EDWARDS 1986, Tabellen 1 und 2.

fahrtsverlusten führen können, wäre durch eine konsistente interne und externe Liberalisierung Rechnung zu tragen.

3 Glaubwürdigkeit von Wirtschaftsreformen

Die bisherige Diskussion hat gezeigt, daß eine eindeutige theoretische Aussage zum optimalen "timing and sequencing" von Wirtschaftsreformen nach dem jetzigen Kenntnisstand kaum möglich ist. Dies dürfte um so weniger der Fall sein, wenn die Privatisierung als weiteres wesentliches Element der Systemtransformation in die Analyse einbezogen würde. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger in Osteuropa können jedoch nicht auf die Lösung von theoretischen Puzzles warten, da akuter Handlungsbedarf besteht. Eine eher pragmatische Vorgehensweise, die durch die angeführten Entwicklungsländer-Erfahrungen gestützt wird, läge darin, die wirtschaftspolitische An-

passung auf breiter Front, das heißt so schnell und umfassend wie möglich, in Angriff zu nehmen.

Die empirische Evidenz legt nahe, daß sich Inkonsistenzen im Reformprogramm auf diese Weise am ehesten vermeiden ließen und die volkswirtschaftlichen Anpassungskosten so in Grenzen gehalten werden könnten. Eine ganz andere Frage ist es aber, ob möglichst starke Anpassungsanstrengungen stets im Eigeninteresse der handelnden Regierungen sind. Dieses Problem wird in dem folgenden einfachen Modell aufgegriffen.

3.1 Wirtschaftsreformen und Zeitinkonsistenz: Ein Modell

Das Modell basiert auf der Annahme, daß Produktion, Beschäftigung und Einkommen nach einer Wirtschaftsreform einen J-kurvenförmigen Verlauf nehmen.¹⁰ Auf einen Zwei-Perioden Fall übertragen impliziert dies, daß:

$$(1) \quad (y_1) < (y_0) < (y_2)$$

Das Ausgangsniveau des Realeinkommens (y_0) ist wegen reformbedingter Anpassungskosten annahmegemäß größer als das in Periode 1 erzielte Einkommen (y_1), jedoch kleiner als das Einkommen nach Abschluß aller Anpassungsvorgänge in Periode 2 (y_2).

Zeitinkonsistenzprobleme werden durch den Wunsch der Regierung ausgelöst, einerseits die langfristigen Einkommensgewinne aus einer vollständigen Reform zu realisieren, andererseits jedoch die Anpassungskrise in der ersten Periode aufgrund des J-Kurveneffekts abzuschwächen.¹¹ Dieser Zielkonflikt kann dazu führen, daß der tatsächliche Reformumfang vom gesamtwirtschaftlich optimalen und angekündigten Umfang abweicht.

10 Vgl. zur Modellierung eines J-Kurven-Verlaufs VAN LONG, SIEBERT 1991. Im folgenden wird nur das (logarithmierte) Realeinkommen (y_t) betrachtet. Die Modellaussage bleibt hiervon unberührt.

11 Zeitinkonsistenzprobleme sind bisher überwiegend in geldtheoretischen Modellen analysiert worden (zum Beispiel BARRO, GORDON 1983a, 1983b; GIAVAZZI, PAGANO 1988).

Die Anpassungsanstrengung der Regierung (A) wird als Abweichung von einer allumfassenden Reform (vollständige Stabilisierung und Liberalisierung) gemessen.¹² Bei einer vollständigen Reform gilt folglich $A=0$, während ein negatives Vorzeichen von A eine geringere Anpassungsanstrengung signalisiert.¹³

Die Regierung minimiert die folgende Verlustfunktion:¹⁴

$$(2) \quad \min_A L^G = b(A - A^*)^2 + c(y_1 - y_1^*)^2 + d(y_2 - y_2^*)^2$$

Die beiden letzten Terme auf der rechten Seite von (2) repräsentieren die Kosten für die Regierung, wenn das tatsächliche Realeinkommen in den Perioden 1 und 2 (y_1 , y_2) vom jeweils gewünschten Einkommen (y_1^* , y_2^*) abweicht. Der erste Term stellt die Kosten dar, die sich für die Regierung aus einem Reputationsverlust ergeben können, wenn der tatsächliche Reformumfang (A) vom angekündigten Umfang (A^*) abweicht. Die Parameter b, c und d repräsentieren die Gewichtung der einzelnen Verlustkomponenten durch die Regierung.

Das gewünschte Einkommen in Periode 1 liegt um α über dem Einkommen, das sich bei einer vollständigen Reform (y_1^f bei $A=0$) ergeben würde, wobei annahmegemäß y_1^f niedriger ist, als das Realeinkommen y_0 vor der Reform:

$$(3) \quad y_1^* = y_1^f + \alpha$$

Gleichung (3) signalisiert somit, daß die Regierung die Anpassungskrise entschärfen möchte. Durch $\alpha > 0$ ergibt sich ein Anti-Reform-Bias diskretionärer Politik.¹⁵

- 12 Einen analogen Parameter für die Anpassungsanstrengung verwendet DORNBUSCH 1990.
- 13 Eine über das langfristige Ziel hinausgehende Reform ($A > 0$) sowie eine Veränderung der Anpassungsanstrengung in Periode 1 werden hier ausgeschlossen.
- 14 Hier wird, wie teilweise in der Literatur üblich (zum Beispiel BLANCHARD, FISCHER 1989; FRANKEL 1991), eine quadratische Verlustfunktion unterstellt.
- 15 Ein analoger Bias wird üblicherweise in der geldtheoretischen Literatur eingebaut, wenn die Zentralbanken das Realeinkommen über das natürliche Niveau anheben wollen (vgl. zum Beispiel BARRO, GORDON 1983b; BACKUS, DRIFILL 1985; FRANKEL 1991).

Annahmegemäß ist das tatsächliche Realeinkommen in Periode 1 (y_1) um so kleiner, je höher der Reformumfang ist. Diese Annahme erscheint plausibel, weil Produktionsfaktoren typischerweise kurzfristig in bestimmten Verwendungen gebunden und nicht vollständig mobil sind und die Reformen die Fehlallokation deutlich werden lassen. Erste Erfahrungen in Osteuropa deuten überdies darauf hin, daß eine umfassende - im Gegensatz zu einer zögerlichen - Veränderung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen die Ineffizienz der alten Produktionsstrukturen schlagartig offenbart und zu größeren kurzfristigen Einkommenseinbußen führt. Dagegen gehen von einer für den privaten Sektor *überraschend* geringen tatsächlichen Reformanstrengung positive kurzfristige Einkommenseffekte aus. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die privaten Wirtschaftssubjekte stärkere Reformanstrengungen der Regierung erwarten und ihre Anpassungsreaktionen hieran orientieren. So führen zum Beispiel in der Vorperiode an niedrigeren Inflationserwartungen orientierte Nominallohnfestsetzungen bei unerwartet geringer Stabilisierung zu Reallohnsenkungen und somit zu positiven gesamtwirtschaftlichen Investitions- und Einkommenseffekten. Das Einkommen in Periode 1 (y_1) wird somit durch Gleichung (4) bestimmt, wobei A^e den vom privaten Sektor erwarteten Reformumfang darstellt.¹⁶

$$(4) \quad y_1 = y_1^f + \eta (A^e - A) - \tau A$$

Das gewünschte Einkommen in Periode 2 (y_2^*) ist das Einkommen, das sich bei freiem Spiel der Marktkräfte nach Abschluß aller Anpassungen ergeben würde (y_2^f):

$$(5) \quad y_2^* = y_2^f$$

Die ursprünglich durchgeführten Reformmaßnahmen determinieren das in Periode 2 tatsächlich erzielte Einkommen:

$$(6) \quad y_2 = y_2^f + \varepsilon A$$

16 Die Annahme (log) linearer Zusammenhänge in Gleichung (4) und (6) erfolgt aus Vereinfachungsgründen, ohne die Kernaussagen des Modells einzuschränken. Entscheidend für die Modellaussage ist hingegen, daß mit höherem Reformumfang y_1 stetig abnimmt, y_2 jedoch stetig steigt. η und ε sind aufgrund der Modellierung eine Funktion des Realeinkommensverlustes in Periode 1 beziehungsweise des Realeinkommensgewinns in Periode 2 in Bezug auf das ursprüngliche Einkommen vor der Reform.

Insgesamt gesehen ist somit ceteris paribus der Realeinkommensverlust in Periode 1 umso geringer, je kleiner der Reformumfang ist; umso geringer sind aber auch die langfristigen Einkommensgewinne. Das Modell wird durch die Gleichungen (2) - (6) beschrieben. Alle Parameter des Modells sind größer als 0. Durch Einsetzen von (3), (4), (5) und (6) in (2) ergibt sich letztendlich die zu minimierende Verlustfunktion der Regierung:

$$(7) \quad \text{Min}_A L^G = b(A-A^*)^2 + c[\eta(A^e - A) - \tau A - \alpha]^2 + d(\varepsilon A)^2$$

Durch Minimierung von (7) und Auflösen nach A wird die Reaktionsfunktion der Regierung ermittelt:¹⁷

$$(8) \quad A = \frac{c\eta(\eta + \tau)}{b+c(\eta + \tau)^2 + d\varepsilon^2} A^e + \frac{b}{b+c(\eta + \tau)^2 + d\varepsilon^2} A^* - \frac{c(\eta + \tau)}{b+c(\eta + \tau)^2 + d\varepsilon^2} \alpha$$

Aus dem vorgestellten Modell lassen sich verschiedene Schlußfolgerungen über den von der Regierung tatsächlich durchgeführten Reformumfang ableiten. Aus der Verlustfunktion der Regierung (7) ergibt sich, daß diese bei einer vollständigen und unwiderrufbaren Reform ($A^* = A^e = A = 0$) einen Verlust von cd^2 erleiden würde.¹⁸ Dies bedeutet, daß die Ankündigung und Durchführung einer allumfassenden Reform für die Regierung nur dann optimal ist, wenn sie nicht bestrebt ist, den anpassungsbedingten Realeinkommensverlust in der ersten Periode abzufedern ($\alpha=0$). Nur unter dieser Bedingung würde die Regierung keinen Verlust realisieren ($L^G = 0$).

Wenn die Regierung jedoch annahmegemäß bestrebt ist, den kurzfristigen Realeinkommensverlust abzuschwächen ($\alpha > 0$), hat sie einen Anreiz, den Reformumfang zu vermindern. Der tatsächliche Reformumfang hängt dann entscheidend von der Glaubwürdigkeit der Reformankündigung ab. Wenn die privaten Wirtschaftssubjekte darauf vertrauen, daß die Regierung sich an das angekündigte Reformprogramm hält ($A^* = A^e = 0$), ist es aus Regierungssicht optimal, die privaten Wirtschaftssubjekte durch einen geringeren Reformumfang zu überraschen. Aus (8) folgt, daß der tatsächliche

17 Die Bedingung 2. Ordnung für ein Minimum ist erfüllt.

18 Im folgenden wird stets die Ankündigung einer vollständigen Reform ($A^* = 0$) unterstellt.

Reformumfang bei einem Glaubwürdigkeits-"cheating" (\hat{A}) im Vergleich zu einer vollständigen Reform geringer ausfällt:

$$(9) \quad \hat{A} = \frac{-c(\eta + \tau)}{b + c(\eta + \tau)^2 + d\varepsilon^2} \quad \alpha$$

Der Verlust der Regierung würde sich auf

$$(10) \quad L^G = \alpha^2 \cdot \frac{[c\alpha(\eta + \tau)]^2}{b + c(\eta + \tau)^2 + d\varepsilon^2}$$

verringern.

Diese Lösung ist jedoch nicht zeitkonsistent. Rationale private Wirtschaftssubjekte verstehen den Anreiz der Regierung, geringere Reformen durchzuführen und bilden ihre Erwartungen dementsprechend. Somit kann der realisierte Reformumfang nicht systematisch kleiner sein als der erwartete. Rationale Erwartungen implizieren:

$$(11) \quad A^e = A$$

Der zeitkonsistente Reformumfang (\hat{A}) für $A^* = 0$ ergibt sich durch Substitution von (11) in (8):

$$(12) \quad \hat{A} = \frac{-c(\eta + \tau)}{b + c\tau(\eta + \tau) + d\varepsilon^2} \quad \alpha$$

Der Vergleich von (9) und (12) zeigt, daß der Reformumfang der zeitkonsistenten Lösung ($A^* = 0 > A^e = \hat{A}$) kleiner ist als der Reformumfang bei einem Glaubwürdigkeits-"cheating" ($A^* = A^e = 0 > \hat{A}$). Obgleich Politiker auch bei der zeitkonsistenten Lösung die Möglichkeit haben, den Einkommensverlust der ersten Periode weiter abzufedern, wird die Regierung hierzu nicht mehr motiviert. Der Grenznutzen einer weiteren Abfederung entspricht gerade den Grenzkosten eines geringeren Reformumfangs aufgrund

von Realeinkommensverlusten in Periode 2 und einer verstärkten Abweichung vom angekündigten Reformkurs.

Der zeitkonsistente Reformumfang weicht um so stärker von einer gesamtwirtschaftlich wünschenswerten vollständigen Reform ab,

- je mehr die Regierung bestrebt ist, kurzfristige Einkommensverluste abzufedern (großes α ; großes c);
- je geringer die langfristigen Einkommenseffekte sind und je weniger Gewicht die Regierung auf diese Effekte legt (kleines $d\epsilon^2$);
- und je weniger Bedeutung die Regierung ihrer Reputation beimißt (kleines b).

3.2 Ansatzpunkte zur Erhöhung des Reformumfangs

Die obige Modellanalyse verdeutlicht, daß umfassende Reformen nicht notwendigerweise im Eigeninteresse der Regierung sind. Es besteht deshalb grundsätzlich die Gefahr, daß nur unzureichende und partielle Reformen durchgeführt werden. Es konnte gezeigt werden, daß der Reformumfang solange vergleichsweise hoch ist, wie die Regierung glaubwürdig bleibt. Eine derartige Situation könnte gegenwärtig noch in Osteuropa bestehen, weil die Reputation der dortigen Regierungen nach dem drastischen Bruch mit der sozialistischen Vergangenheit im Vergleich zu lateinamerikanischen Ländern noch weniger beschädigt ist.

Ein Reputationsbonus kann sich jedoch schnell verbrauchen. Die Erfahrungen insbesondere in Lateinamerika belegen, daß private Wirtschaftssubjekte wiederholten Reformversprechen kaum noch Glauben schenken, wenn frühere Ankündigungen immer wieder zurückgezogen worden sind. Es ergibt sich aus dem Modell, daß die Gefahr nur partieller Reformen steigt, sobald der Regierung kein Glaubwürdigkeitsbonus mehr eingeräumt wird.

Ein Mangel an Glaubwürdigkeit stellt somit eine erhebliche gesamtwirtschaftliche Verzerrung dar. Produzenten und Investoren sind nicht bereit, kurzfristige Anpassungskosten zu tragen, wenn sie eine Revision angekündigter Reformmaßnahmen erwarten. Die Folge ist ein Investitionsattentismus, der die realwirtschaftliche Anpassung er-

schwert und verzögert.¹⁹ Die von der Regierung erhofften längerfristigen Einkommensgewinne werden geschmälert oder bleiben ganz aus. Damit droht die abwartende Haltung der Privaten zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung zu werden. Eine Zurücknahme von Reformankündigungen wird wahrscheinlicher, weil die Kosten einer Reform für die Regierung steigen (vgl. HIEMENZ, LANGHAMMER 1989; NELSON 1990).

Auf der anderen Seite besteht gerade in stark verzerrten Volkswirtschaften, wie sie sowohl in Osteuropa als auch in Lateinamerika vorzufinden sind, ein Bedarf an umfassenden und konsistenten Reformen (vgl. Abschnitt 2). Es gilt deshalb abschließend zu diskutieren, auf welche Weise der Anti-Reform-Bias vermindert werden kann. Dies gelingt am ehesten einer starken Regierung, die längerfristige Einkommensziele verfolgt und durchzusetzen in der Lage ist. Entwicklungsländer-Erfahrungen deuten darauf hin, daß die Stärke einer Regierung - entgegen einer verbreiteten Meinung - nicht davon abhängt, ob es sich um ein demokratisches oder ein autoritäres Regime handelt (HAGGARD, KAUFMAN 1989; RODRIK 1991). Dies bedeutet, daß osteuropäische Regierungen nach dem Übergang zur Demokratie nicht notwendigerweise als schwach zu gelten haben.

Die Stärke einer Regierung hängt vielmehr entscheidend von der Art der Beziehungen zwischen Staat und privaten Interessengruppen ab. Eine Voraussetzung dafür, daß die Regierung längerfristige Ziele verfolgen kann, statt nur auf kurzfristige gruppenspezifische Ansprüche zu reagieren, ist, daß staatliche Entscheidungsträger vor dem politischen Druck negativ betroffener Interessengruppen möglichst abgeschirmt werden. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, daß die potentiellen Nutznießer einer Reform identifiziert und organisiert werden. Auf diese Weise wird ein Gegengewicht zum Reformwiderstand derjenigen aufgebaut, die kurzfristige Wohlfahrtsverluste hinnehmen müssen oder diese erwarten. Überdies müssen Institutionen und Mechanismen vorhanden sein, die die Anpassungslasten von Reformverlierern sozialpolitisch abfedern, ohne daß die realwirtschaftliche Anpassung unterlaufen wird. Schließlich gilt es, eine marktwirtschaftlich orientierte Administration zu schaffen, die Reformpro-

19 Ein derartiger Investitionsattentismus wird von AGARWAL et al. (1991) empirisch gestützt. Es wird gezeigt, daß die Investitionsreaktionen auf einzelne wirtschaftspolitische Anreize in Ländern, deren Regierungen weniger Glaubwürdigkeit genießen, erheblich schwächer sind.

gramme zügig implementieren kann, damit wirtschaftliche Erfolge vor Ablauf der Amtszeit der Regierung rechtzeitig erkennbar werden.

Jede Regierung hat zudem die Möglichkeit, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen den Anti-Reform-Bias zu vermindern. Ein Ansatzpunkt liegt darin, die gesamtwirtschaftliche Anpassungsflexibilität zu erhöhen. Wenn dies gelingt, werden positive Einkommenseffekte schneller spürbar und die Erfolgsaussichten einer umfassenden Reform steigen.²⁰ In diese Richtung geht der Vorschlag, vorübergehend Qualifizierungsgutscheine für Arbeitslose auszugeben (KLODT 1991). Diese zielen darauf ab, Fortbildungsanreize zu schaffen und die Mobilität des Faktors Arbeit zu fördern. Ferner gilt es, die institutionellen Rahmenbedingungen so auszugestalten, daß privatwirtschaftliche Aktivitäten nicht übermäßig reglementiert werden. Insbesondere in einer im Transformationsprozeß befindlichen Volkswirtschaft sollten zunächst nur die für eine funktionierende Marktwirtschaft wesentlichen Institutionen und Regeln eingeführt werden.

Grundlegenden Institutionen könnte ein unabhängiger Status eingeräumt werden, um ein wirksames System von "checks and balances" zu ermöglichen. Hierbei ist insbesondere an die Errichtung einer autonomen Zentralbank zu denken. Zu erwägen wäre auch der Vorschlag, die Monetarisierung staatlicher Defizite gesetzlich zu verbieten (CALVO, FRENKEL 1991). Die diskretionären Handlungsspielräume der Regierung können auch dadurch beschränkt werden, daß sie internationale Bindungen eingeht. Zu diskutieren wäre zum Beispiel, ob reformbereite Staaten in Osteuropa sich einer geldpolitischen Disziplin unterwerfen sollten, indem sie sich am Europäischen Währungssystem direkt oder indirekt beteiligen (vgl. SCHMIEDING 1991). Im handelspolitischen Bereich kommt ein Beitritt zum GATT in Betracht. Dieser Weg ist jüngst von Mexiko beschritten worden, um den Bestand der vorgenommenen Handelsliberalisierung durch eine internationale Bindung zu festigen.

20 In diesem Zusammenhang spielt auch die externe Unterstützung von Reformbemühungen eine wesentliche Rolle. Um möglichst schnell positive Einkommenseffekte zu erzielen, ist eine Marktöffnung der OECD-Länder von überragender Bedeutung. Hinzu kann die Abfederung von Anpassungslasten durch finanzielle Transfers kommen. Die Frage einer effizienten externen Unterstützung, die hier nicht näher untersucht wird, wird ausführlich in HIEMENZ (1989) diskutiert.

Regierungen können sich schließlich einer externen Kontrolle unterwerfen, indem sie Reformprogramme unter Aufsicht von IWF und Weltbank durchführen und sich der mit dem Zugang zu internationalen Krediten verbundenen wirtschaftspolitischen Konditionalität unterwerfen. Hieraus ergeben sich allerdings nur dann wirksame Bindungen für das Regierungsverhalten, wenn derartige Auflagen durchgesetzt werden. Durchsetzungsprobleme existieren auch nach einem Beitritt zu multilateralen wechsellkurs- und handelspolitischen Vereinbarungen. Dennoch könnte diesem Schritt ein wichtiger Signalcharakter zukommen.

Das Aussenden klarer Signale ist um so wichtiger, je geringer die Glaubwürdigkeit einer Regierung ist. Grundvoraussetzung ist, daß die Öffentlichkeit über die Ziele einer Reform sowie die angestrebten Politikmaßnahmen informiert wird. Eine klare öffentliche Ankündigung ermöglicht eine individuelle Vorbereitung und Kontrolle über das Einhalten des Reformkurses. Darüber hinaus können eindeutige Signale durch drastische Reformmaßnahmen wie zum Beispiel in der Türkei (1980) (RODRIK 1989), Bolivien (1985) oder Polen (1990) erzeugt werden. Diesem Zweck dient vor allem die Durchführung von Maßnahmen, deren Revision politisch mit hohen Kosten verbunden wäre (CALVO, FRENKEL 1991). Schließlich können positive Reform Erfahrungen anderer Länder die Glaubwürdigkeit eines entsprechenden eigenen Programms erhöhen.

4 Fazit

Obwohl sich die wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Osteuropa und der Dritten Welt in verschiedener Hinsicht unterscheiden, bieten die Erfahrungen von Entwicklungsländern mit Stabilisierungsprogrammen und Strukturreformen wertvolle Aufschlüsse über die Erfolgsbedingungen der Systemtransformation postkommunistischer Staaten. So ist es unabdingbar, Makro- und Mikroreformen eng aneinander zu koppeln. Stabilisierungsversuche sind kaum durchzuhalten, ohne daß die mikroökonomischen Ursachen makroökonomischer Instabilität beseitigt werden. Es spricht überdies viel für eine schnelle Handelsliberalisierung, insbesondere für eine radikale Abschaffung von quantitativen Importbarrieren. Insgesamt gesehen legt die diskutierte Evidenz nahe, daß sich Inkonsistenzen im Reformprogramm am ehesten vermeiden lassen, wenn die wirtschaftspolitische Anpassung so schnell und so umfassend wie möglich in Angriff genommen wird.

Starke Reformanstrengungen sind jedoch nicht unbedingt im Eigeninteresse der von Wahlen abhängigen Regierungen. Ein Anti-Reform-Bias droht insbesondere dann, wenn die staatlichen Entscheidungsträger kurzfristige anpassungsbedingte Einkommensverluste abfedern wollen und ihre Reformankündigungen von den privaten Wirtschaftssubjekten für unglaublich gehalten werden. Es besteht deshalb grundsätzlich die Gefahr, daß nur unzureichende und partielle Reformen durchgeführt werden. Um den Anti-Reform-Bias abzuschwächen, gilt es, die Regierung von politischem Druck negativ betroffener Interessengruppen abzuschirmen und durch die Organisation von Reformbefürwortern wirksame Gegengewichte aufzubauen. Auf diese Weise kann eine reformbereite Regierung gestärkt und in die Lage versetzt werden, längerfristige Einkommensziele zu verfolgen.

Die Erfolgchancen umfassender Reformbestrebungen steigen weiter, wenn es gelingt, die gesamtwirtschaftliche Anpassungsflexibilität zu erhöhen. Hierzu ist es wichtig, daß privatwirtschaftliche Aktivitäten möglichst wenig reglementiert werden. Zudem ist es hilfreich, wenn sich die Regierung die eigenen Hände bindet und somit die Zurücknahme von Reformankündigungen weniger wahrscheinlich wird. Dies kann dadurch geschehen, daß unabhängige wirtschaftspolitische Instanzen wie eine autonome Zentralbank gegründet werden. Die Glaubwürdigkeit der Regierung kann auch dadurch gesteigert werden, daß sie rechtzeitig internationale Verpflichtungen eingeht und sich einer wirksamen externen wirtschaftspolitischen Kontrolle unterwirft. Wesentlichen Signalcharakter hat schließlich eine umfassende Information der Öffentlichkeit über Reformziele und -schritte, vor allem wenn Maßnahmen ergriffen werden, deren Rücknahme politisch mit hohen Kosten verbunden wäre.

5 Literatur

AGARWAL, J. P.; HIEMENZ, U.; LANGHAMMER, R. J.; NUNNENKAMP, P.; SPINANGER, D.

The International Competitiveness of Developing Asian Countries for Risk Capital. Pacific Rim Institute of Comparative Economic Studies, PRICES Papers, Hongkong und Kiel 1991

ASLUND, A.

Changes in Soviet Economic Policy-Making in 1989 and 1990. Stockholm Institute of Soviet and East European Economics, Working Paper, 14, Stockholm 1990

- ASPE, P.
Macroeconomic Stabilization and Structural Change. The Experience of Mexico (1982-1990), 1991, mimeo
- BACKUS, D.; DRIFFILL, J.
Rational Expectations and Policy Credibility Following a Change in Regime. In: Review of Economic Studies, Vol. 52, Nr. 2, 1985, S. 211-221
- BARRO, R. J.; GORDON, D. B.
Rules, Discretion and Reputation in a Model of Monetary Policy. In: Journal of Monetary Economics, Vol. 12, 1983a, S. 101-121
- BARRO, R. J.; GORDON, D. B.
A Positive Theory of Monetary Policy in a Natural Rate Model. In: Journal of Political Economy, Vol. 91, Nr. 4, 1983b, S. 589-610
- BLANCHARD, O. J.; FISCHER, S.
Lectures on Macroeconomics, Cambridge, Mass. 1989
- CALVO, G. A.; FRENKEL, J. A.
Transformation of Centrally-Planned Economies. Credit Markets and Sustainable Growth, Paper presented at the Seminar "Central and Eastern Europe: Roads to Growth", 15.-18. April 1991, Wien 1991, mimeo
- CORBO, V.
Reforms and Macroeconomic Adjustments in Chile during 1974-84. In: World Development, Vol. 13, Nr. 8, 1985, S. 893-916
- DORNBUSCH, R.
Credibility and Stabilization, Center for Economic Policy Research, Discussion Paper Series, Nr. 454, London 1990
- EDWARDS, S.
Monetarism in Chile, 1973-1983: Some Economic Puzzles. In: Economic Development and Cultural Change, Vol. 34, Nr. 3, 1986, S. 535-559
- EDWARDS, S.
The Sequencing of Economic Reform: Analytical Issues and Lessons from Latin American Experiences. In: The World Economy, Vol. 13, Nr. 1, 1990, S. 1-14
- FISCHER, B.
Brasilien ohne Inflation? Eine kritische Würdigung des Cruzado-Planes, Kieler Diskussionsbeiträge, 124, Institut für Weltwirtschaft, Kiel 1986
- FISCHER, B.; HIEMENZ, U.; TRAPP, P.
Argentina: The Economic Crisis in the 1980s, Kieler Studien, 197, Tübingen 1985
- FRANKEL, J. A.
The Stabilizing Properties of a Nominal GNP Rule in an Open Economy, Working Paper Nr. 91-166, University of California at Berkeley, Berkeley 1991

- GENBERG, H.
On the Sequencing of Reforms in Eastern Europe, IMF Working Paper, WP/91/13, Washington 1991
- GIAVAZZI, F.; PAGANO, M.
The Advantage of Tying One's Hands. EMS Discipline and Central Bank Credibility. In: European Economic Review, Vol. 32, Nr. 5, 1988, S. 1055-1082
- HAGGARD, S.; KAUFMAN, R.
The Politics of Stabilization and Structural Adjustment. In: SACHS, J. (Hrsg.): Developing Country Debt and Economic Performance, Vol. 1: The International Financial System, National Bureau of Economic Research, Chicago und London 1989, S. 209-254
- HIEMENZ, U.
Development Strategies and Foreign Aid Policies for Low Income Countries in the 1990s, Kieler Diskussionsbeiträge, 152, Institut für Weltwirtschaft, Kiel 1989
- HIEMENZ, U.; LANGHAMMER, R. J.
Liberalisation and the Successful Integration of Developing Countries into the World Economy. In: RENSCHAW, G. T. (Hrsg.): Market Liberalisation, Equity and Development, Genf 1989, S. 105-139
- HOFFMANN, J.; HOMBURG, S.
Explaining the Rise and Decline of the Dollar. In: Kyklos, Vol. 43, Nr. 1, 1990, S. 53-62
- HOFMAN, B.; KOOP, M. J.
Makroökonomische Aspekte der Reformen in Osteuropa. In: Die Weltwirtschaft, Nr. 1, 1990, S. 162-172
- IZE, A.
Trade Liberalization, Stabilization, and Growth: Some Notes on the Mexican Experience, IMF Working Paper, WP/90/15, Washington 1990
- KLODT, H.
Wirtschaftsförderung für die neuen Bundesländer: Qualifizierungsgutscheine als Alternative. In: Die Weltwirtschaft, Nr. 1, 1991, S. 91-103
- KORNAI, J.
Economics of Shortage, Amsterdam 1980
- KORNAI, J.
The Soft Budget Constraint. In: Kyklos, Vol. 39, Nr. 1, 1986, S. 3-30
- KOSTRZEWA, W.; NUNNENKAMP, P.; SCHMIEDING, H.
A Marshall Plan for Middle and Eastern Europe? In: The World Economy, Vol. 13, Nr. 1, 1990, S. 27-49
- KRUEGER, A. O.
Interactions between Inflation and Trade Regime Objectives in Stabilization Programs. In: CLINE, W. R.; WEINTRAUB, S. (Hrsg.): Economic Stabilization in Developing Countries, Brookings Institution, Washington 1981, S. 83-114

- KRUEGER, A. O.
Problems of Liberalization. In: HARBERGER, A. (Hrsg.): World Economic Growth, San Francisco 1984, S. 403-423
- LAL, D.
The Political Economy of Economic Liberalization. In: The World Bank Economic Review, Vol. 1, Nr. 2, 1987, S. 273-299
- LIPTON, D.; SACHS, J.
Creating a Market Economy in Eastern Europe: The Case of Poland. In: Brookings Papers on Economic Activity, Nr. 1, 1990, S. 75-147
- MCKINNON, R. I.
Money and Capital in Economic Development, Brookings Institution, Washington 1973
- MICHAELY, M.; PAPAGEORGIOU, D.; CHOKSI, A.
Trade Liberalization - The Experience of Developing Countries. Paper prepared for the Conference "Attempts at Liberalization: Hungarian Economic Policy and International Experience", November 16-18, Budapest 1989, mimeo
- NELSON, J. M. (Hrsg.)
Economic Crisis and Policy Choice. The Politics of Adjustment in the Third World, Princeton 1990
- NUNNENKAMP, P.; SCHMIEDING, H.
Zur Konsistenz und Glaubwürdigkeit von Wirtschaftsreformen. Einige Erfahrungen und Lehren für die Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa, Kieler Diskussionsbeiträge, 166, Institut für Weltwirtschaft, Kiel 1991
- RODRIK, D.
Credibility of Trade Reform - A Policy Maker's Guide. In: The World Economy, Vol., 12, Nr. 1, 1989, S. 1-16
- RODRIK, D.
How Should Structural Adjustment Programs be Designed?. In: World Development, Vol. 18, Nr. 7, 1990, S. 933-947
- RODRIK, D.
Political Economy and Development Policy, mimeo 1991
- SACHS, J. (Hrsg.)
Developing Country Debt and Economic Performance. Vol. 1: The International Financial System. National Bureau of Economic Research, Chicago und London 1989a
- SACHS, J. (Hrsg.)
Developing Country Debt and the World Economy. National Bureau of Economic Research, Chicago und London 1989b
- SCHMIEDING, H.
Lending Stability to Europe's Emerging Market Economies, Kieler Arbeitspapiere, Institut für Weltwirtschaft, 481, Kiel 1991

- SCHWEICKERT, R.
Efficient Real Exchange Rate Adjustment in Developing Countries: Alternative Devaluation Strategies, Economic Structure, and Sequencing of Reforms, Kieler Arbeitspapiere, 473, Institut für Weltwirtschaft, Kiel 1991
- SIEBERT, H.
The Transformation of Eastern Europe, Kieler Diskussionsbeiträge, 163, Institut für Weltwirtschaft, Kiel 1991
- VAN LONG, N.; SIEBERT, H.
A Model of the Socialist Firm in Transition to a Market Economy, Kieler Arbeitspapiere, 479, Institut für Weltwirtschaft, Kiel 1991
- WILLIAMSON, J. (Hrsg.)
Latin American Adjustment. How Much Has Happened? Institute for International Economics, Washington 1990
- WORLD BANK
World Development Report 1991, Oxford 1991